

07-08
16

DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Juli/August 2016

Königsbrücker Straße: Versprechen gehalten

Der Stadtrat hat über die Zukunft der Königsbrücker Straße abgestimmt. Der massive Ausbau zu einer vierspurigen Straße ist damit vom Tisch, die rot-grün-rote Mehrheit votierte für einen Kompromiss.

von Dr. Martin Schulte-Wissermann

Auf der vergangenen Stadtratssitzung stand die finale Entscheidung zur Königsbrücker Straße an. Hier hatte die Fraktion DIE LINKE zusammen mit den Kooperationspartnern zwei deutlich stadtteilverträglichere Sanierungsvarianten (v8.4 und v8.7) entwickelt und mit der alten, vierspurigen Variante 7 vergleichen lassen. In einem intensiven öffentlichen Diskussionsprozess stellte sich Variante 7 als inakzeptabel heraus. Wir mussten uns also jetzt zwischen zwei Varianten entscheiden.

Der Vorteil der Variante 8.7 ist, dass Autos und Straßenbahn ziemlich schnell durch die Straße fahren und der mittlere Bereich von der Louisestraße bis zum Bischofsweg städtebaulich aufgewertet werden kann. Allerdings wird in den nördlichen und südlichen Bereichen dafür auch sehr viel Straßenraum in Anspruch genommen.

Bei der Variante 8.4 ist hingegen eine deutliche Verbesserung für Autos und Straßenbahn zu verzeichnen. Gleichzeitig würde dabei aber auf der gesamten Königsbrücker Straße auch ein



Seit über 17 Jahren wird über die Königsbrücker Straße diskutiert: Nun wird sie nach öffentlichem Variantenvergleich endlich saniert.
Foto: Max Kretzschmar

„funktionierender Stadtraum“ entstehen – etwa durch eine Aufwertung der Gehwegbereiche oder eine auf Effizienz optimierte Straßenführung. So könnte zum Beispiel die historische,

vierreihige Baumallee nördlich des Bischofswegs wiederhergestellt werden.

Ich setze mich seit langem für eine schöne und lebendige Königsbrü-

cker Straße ein - und damit für Variante 8.4. In der Fraktion Die Linke hat diese Option auch viel Anerkennung und Zuspruch erfahren.

Es ist mir aber leider nicht gelungen, die modernen Ideen von Stadtplanung bei SPD und Grünen mehrheitsfähig zu machen. Der Antrag der Piraten, die Variante 8.4 jetzt umzusetzen, ist damit leider an SPD und Grünen gescheitert.

So ist eben Demokratie. Damit war dann aber der Weg frei für die zweitbeste Variante (8.7), die dann mit der Kooperationsmehrheit beschlossen wurde. Ich freue mich jetzt, bei den vielen zukünftigen Projekten, zusammen mit Die Linke für eine moderne, schöne und vielfältige Stadt bei der Baukultur einzutreten.



Dr. Martin Schulte-Wissermann
(DIE PIRATEN) ist Mitglied der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat

martin.schulte-wissermann@piraten-dresden.de



Im visuellen Vergleich: Variante 8.7 - die vom Stadtrat beschlossene. Die Straßenbahn bekommt ein eigenes Gleisbett (von Albertplatz bis Katharinenstraße); von Katharinenstraße bis Bischofsweg werden die Gleise auch von Autos genutzt; vom Bischofsweg bis zur Stauffenbergallee gibt es ein eigenes Gleisbett der Straßenbahn. Künftig wird an der Katharinenstraße eine Linksabiegerspur und eine Ampelanlage installiert.
Fotos: Universalist



Die Variante 8.4: Kein eigenes Gleisbett für die DVB, Autos und Straßenbahnen fahren hintereinander in einer durchgängig zweispurigen Variante. Die DVB sah im fehlenden eigenen Gleisbett und dem resultierenden Geschwindigkeitsverlust von 40 Sekunden pro Bahn den entscheidenden Nachteil. Höherer Einsatz von Fahrzeugen und Personal und steigende Kosten wären die Folge gewesen. Die Bahn im Stau vermindert die Attraktivität des ÖPNV.

Mit diesem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates: www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

Juni 2016

DRUCKSACHE #7

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/205 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de



Jetzt gehts los. Königsbrücker Straße

Am Donnerstag hat der Stadtrat die Sanierung der Königsbrücker Straße beschlossen. Die Stadtautobahn von CDU und FDP fiel durch, die schmalste und stadteilfreundlichste Variante war das Herzensprojekt der Piraten. Weil eine Mehrheit dafür höchst unwahrscheinlich schien, konzentrierte sich die Fraktion DIE LINKE auf die Verbesserung der Kompromissvariante, die dann grüner, stadteilverträglicher durch die Kooperation beschlossen wurde. **André Schollbach** in der Debatte: "Die Debatte um die Königsbrücker Straße wird nicht erst seit gestern geführt und auch die CDU, die hier ein viertel Jahrhundert lang das Zepter geführt hat, hat hier keinen Fortschritt bringen können. Wir werden die Sanierung in dieser Wahlperiode auf den Weg bringen. Wir votieren für eine Variante, die die Belange aller Verkehrsteilnehmer in Einklang bringt und zugleich dem Charakter des Stadtteils sensibel begegnet. Wir übernehmen Verantwortung für die Stadt."



RATSSPLITTER



Gegen Rassismus

Margot Gaitzsch in der Debatte zum Beitritt Dresdens zur Städtekoalition gegen Rassismus: "Zu einer Europäischen Kulturhauptstadt passt nicht Hetze gegen Menschen wegen ihrer Religion." **Andrea Hübler**, Beraterin für Opfer rechter Gewalt mit Rederecht der LINKEN: "Rassismus ist für Menschen fremder Herkunft Alltag - geduzt auf Ämtern, Bustüren vor der Nase geschlossen, im Supermarkt von den Angestellten verfolgt. Dresden hat ein Problem mit Rassismus. Dies anzuerkennen, ist ein erster Schritt." Der Stadtrat hat den Beitritt zur Koalition beschlossen.



Kultur fördern!

Kulturförderung: Mehr Geld, Mehrjahresförderung als Regelfall, Feuerwehrtopf für ad-hoc-Investitionen beschlossen.

Volkshochschule im Herzen der Stadt

Neuer Standort der Volkshochschule - **Anja Apel** in der Debatte dazu: "Wir haben heute endlich den Antrag vorliegen, für die Volkshochschule Dresden ein neues Objekt anzumieten - in der Annenstraße. Die Volkshochschule bot 2015 3.600 Kurse, die von 39.000 Interessierten wahrgenommen wurden.

1.000 Menschen nahmen vergünstigte Kurse in Anspruch. Herr Vorjohann hat es uns bei der Standortfindung schwer gemacht. Er wollte, dass die Volkshochschule in dem maroden Gebäude im Schilfweg

bleibt. Wir haben in Zusammenarbeit mit Annekatrien Klepsch dennoch einen neuen, zentral gelegenen Standort gefunden. Für die Zukunft müssen wir darauf achten, dass die VHS die Miete am neuen Standort zahlen kann, ohne dass die Kursgebühren erhöht oder Angebote für Dresden-Pass-Inhaber eingeschränkt werden müssen. Sollte die Gefahr bestehen, werden wir in den Haushaltsberatungen sicherstellen, dass die Volkshochschule weiterhin ein niedrigschwelliges, für alle zugängliches Angebot bleibt."



Maximal für Kinder

Die Eltern der Kita Kleiner Globus kämpfen um mehr Grün für ihre Kinder. Eine Brache, auf der ein Investor Wohnungen bauen will. Kompromissvorschlag von Grünen und LINKEN: eine Teilfläche für die Kinder und Wohnungen mit 15 % Sozialbindung. Zumindest letzteres gegen die CDU durchgesetzt. **Tilo Wirtz**: "Für die Investoren immer alles, für die Kinder nur das Mindeste - der Leitspruch der CDU."

Die Reste vom Feste

Nicht nur durch Großveranstaltungen wie der BRN wachsen unsere Müllberge. Dabei gibt es bereits wirksame Mittel gegen das Plastik- und Verpackungsproblem.

von Kerstin Wagner

Egal, ob Festival, Stadtfest oder Geburtstagsfeier: Feste haben ein Müllproblem. Auch auf privaten Gartenpartys ist es zu beobachten: Sobald die Anzahl der erwarteten Gäste die der eigenen Teller überschreitet, wird häufig auf Wegwerfgeschirr und Plastikbesteck zurückgegriffen. Nur einmal genutzt, werden so wertvolle Ressourcen zu Müll. Besonders nach großen Festen wie dem Stadtfest oder der Bunten Republik Neustadt (BRN) ist die Menge des anfallenden Mülls am „Morgen danach“ deutlich sichtbar. Und die Entsorgung ist für die Stadt auch finanziell eine deutliche Hausnummer. Ein Beispiel: 2012 fielen beim Stadtfest 40.000 Kilo Müll an, mit der Entsorgung waren 100 Mitarbeiter das ganze Wochenende beschäftigt. Das größte Problem ist dabei nicht der richtig entsorgte und recycelte Abfall, sondern, was in der Kanalisation, auf Wiesen und durch Wind in der Elbe landet und von dort ins Meer gespült wird. Das Dresdner Stadtfest exportiert so seinen Müll in die ganze Welt; Plastikteile werden von Tieren für Futter gehalten, die Bilder qualvoll verendeter Vögel mit dem Bauch voll Müll brennen sich ins Gedächtnis. Konsequenzen für das eigene Handeln zu ziehen, ist eigentlich naheliegend und gar nicht so schwer: Ich habe Teller und Tassen davor gerettet, bei einem Polterabend verscherbelt zu werden. Ich nutze sie selbst für Gartenfeste und biete sie in Sharing-Gruppen sozialer Netzwerke zum Ausleihen an.

Denn letztlich geht es nicht um die besseren Materialien für Einweggeschirr, sondern um Müllvermeidung. Die Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Dresden wird deutlich: „Das Entstehen von Abfällen ist zu vermeiden, die Abfallmenge und die Schadstoffe in Abfällen sind so gering wie möglich zu halten.“ Doch was tut die Stadt dafür? Was

müsste sie tun? Welche Alternativen zu Papptellern und Bechern gibt es?

Zum einen müsste Anreize zur Müllvermeidung geschaffen werden. So könnten kleinen Läden mit Straßenverkauf ihre Kunden etwa mit Rabatten auf den Kaufpreis belohnen, wenn sie ihre eigenen Behälter mitbringen und befüllen lassen. Das beginnt beim „Coffee to go“ und endet beim Essen, das man sich einpacken lässt, um es zu Hause zu verzehren. Auch lose Lebensmittel können in mitgebrachten Beuteln und Behältern verpackt werden. Wo immer dadurch Ressourcen gespart werden, sollte das anerkannt und erleichtert werden. Es geht aber auch darum, Produkte anders als derzeit zu verpacken: Umweltfreundliche Alternativen wie essbare Teller oder Pfandsysteme könnten beispielsweise die Abfallmenge erheblich reduzieren.

Zu guter Letzt müssen bestehende Rahmenbedingungen geändert werden. Es muss geprüft werden, ob Auflagen bei der Vergabe von Verträgen mit Cateringunternehmen erlassen werden können. Nur wer nachweisen kann, dass Mehrwegverpackungen angeboten und gereinigt werden können, bekommt den Zuschlag. Hier sind natürlich wir als StadträtInnen gefragt; Als Teil einer Gestaltungsmehrheit haben wir nicht mehr nur die Möglichkeit, Probleme anzugehen, sondern auch die Pflicht.

Und sonst? Bis vor ein paar Jahren konnte man sich für einen symbolischen Beitrag bunt gemixte Tellerkisten in einem Wertstoffhof ausleihen. Auch Bestecke und Trinkgefäße gab es. Mit der Schließung des Wertstoffhofes ist dieses Angebot ersatzlos weggefallen. Hat jemand Ideen, wie man ein solches Angebot wieder aufleben lassen könnte?



Der Stadtreinigung Dresden gebührt an dieser Stelle ein herzlicher Dank, denn sie erledigte die Müllbeseitigung am Wochenende der BRN vorbildlich.
Foto: Kristin Hofmann



Stadträtin Kerstin Wagner ist Mitglied im Ausschuss für Umwelt- und Kommunalwirtschaft

Wer bei der Entwicklung von Ideen und Erarbeitung von Initiativen zur Müllvermeidung in Dresden beitragen möchte, ist dazu herzlich eingeladen.

Dresden ist Mitglied im Städtebündnis gegen Rassismus

von Max Kretschmar

Im Jahr 2004 startete die UNESCO die Initiative „Internationale Städtekoalition gegen Rassismus“ mit dem Ziel, ein weltweites Netzwerk gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einzurichten.

In den Zeiten der Globalisierung sind Initiativen von Akteurinnen und Akteuren auf lokaler und kommunaler Ebene besonders wichtig, um im Alltag Opfer von Diskriminierungen im interkulturellen Alltag von Menschen unterschiedlichster Herkunft zu beraten und allen BewohnerInnen ein Leben in Würde, Sicherheit und Gerechtigkeit zu ermöglichen. Konventionen, Erklärungen und Verfahren zur Wahrung der Menschenrechte werden von den einzelnen Staaten ratifiziert, im Alltag kommt es darauf an, dass diese Rechtsinstrumente auch durchgesetzt werden. Die Mitglieder der Städtekoalition erstellen aller zwei Jahre Berichte zu den kommunalen Maßnahmen, in denen die Umsetzung des vereinbarten „Zehn-Punkte-Aktionsplanes“ beschrieben werden.

Der Zehn-Punkte-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa

1. Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus

Aufbau eines Beobachtungs- und Solidaritäts-Netzwerkes. Thematisierung von Rassismus und Diskriminierung.

2. Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen

Aufbau einer Datensammlung, Formulierung erreichbarer Ziele und Entwicklung von Indikatoren, um die Wirkung der kommunalen Maßnahmen bewerten zu können.

3. Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung

Unterstützung für die Opfer, damit sie sich künftig besser gegen Rassismus und Diskriminierung wehren können.

4. Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürger/innen

Bessere Information der Bürger/Innen über Ihre Rechte und Pflichten, über Schutzmaßnahmen und über Sanktionen für rassistisches Verhalten.

5. Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen

Förderung gleicher Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

6. Die Stadt als ArbeitgeberIn und DienstleisterIn

Die Stadt verpflichtet sich, als ArbeitgeberIn und DienstleisterIn, Chancengleichheit und Gleichberechtigung zu gewährleisten und zu fördern.

7. Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt

Entwicklung konkreter Maßnahmen

zur Bekämpfung von Diskriminierung bei Vermittlung und Verkauf von Wohnungen.

8. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung

Entwicklung von Maßnahmen gegen ungleiche Bildungs- und Erziehungschancen; Förderung von Toleranz und Interkultureller Verständigung durch Bildung und Erziehung.

9. Förderung der kulturellen Vielfalt

Förderung der kulturellen Vielfalt in den Kulturprogrammen, im öffentlichen Raum und im städtischen Leben.

10. Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement

Entwicklung oder Unterstützung von Maßnahmen zum Umgang mit rassistischen Gewalttaten und Förderung des Konfliktmanagements.

KOLUMNE

ganz
hinten
links

von Jens Matthis

Während die Briten sich am Donnerstag letzter Woche die Zeit damit vertrieben, über Verlassen oder Bleiben abzustimmen, wurde im Dresdner Stadtrat über wirklich Weltwichtiges entschieden: Den Ausbau der Königsbrücker Straße zu Dresden.

Seit die Waldschlösschenbrücke nun steht, wird sie wenig befahren, aber ihr drohender Wieder-Abriss auf Gerichtsbeschluss erscheint dennoch mindestens genauso abwegig wie der Austritt eines Landes aus der EU.

Deshalb hat sich das verkehrspolitischerische und verkehrspolitische Interesse des Dresdner Völkchens ganz auf jene Trasse in den hohen Norden der Stadt fokussiert.

Mit Leidenschaft wurde über die möglichen Konfigurationen 7.0, 8.4 und 8.7 gestritten. Das neue Lebensgefühl nach dem Erschaffen der bevorzugten Variante wurde ebenso dargestellt, wie die drohenden Abscheulichkeiten der jeweils anderen Varianten. Kurzum: Es ging um alles oder nichts. Wahrscheinlich wegen der Sommerhitze hatte ich plötzlich eine Erscheinung:

Vermutlich die Variante 1.0 – ganz simpel: Wo notwendig Kabel, Rohre und Gleise erneuern und ansonsten eine glatte Asphaltdecke statt des holprigen Pflasters und vielleicht noch einen Radstreifen auf dem breiten Fußwegen markieren und fertig. Sonst nichts: Keinen neuen Querschnitt, keine eigenen Trassen für die Bahn, keine „leistungsfähigen Knoten“, keine abgesägten Bäume – nichts.

Sicher, die Trasse würde damit nicht schneller, weder für die Autofahrer noch für die Straßenbahn. Eine halbe Minute Zeitgewinn würde einfach so verschenkt. Na und? Langsamer wäre die Straße dadurch aber auch nicht geworden, nur leiser. Und vielleicht auch deutlich preiswerter. Der Charme der Straße, der bisher trotz aller Widrigkeiten die Leute anzog, wäre erhalten geblieben – einfach so.

Natürlich hat das alles nichts mit Realpolitik zu tun. So etwas kann nur jemand denken, der von Verkehrsplanung keine, aber auch gar keine Ahnung hat.

Wer sich nicht zu 8.7 bekennt, steht dem Fortschritt entgegen. Dieser macht jetzt auch vor der Königsbrücker nicht halt, in spätestens zwei Jahren sollen die Bagger rollen oder doch wenigstens die Motorsägen kreischen, wenn die alten Bäume zwischen Bischofsweg und Stauffenbergallee fallen.

Kulturhauptstadt 2025

Dresden bewirbt sich um den Titel als Kulturhauptstadt 2025, das beschloss der Dresdner Stadtrat am 02. Juni 2016. Stadträtin Jacqueline Muth beschreibt, warum dies ein Stipendium für Dresden und mehr als eine Auszeichnung ist.

Das Programm „Kulturhauptstädte Europas“ existiert seit 1985, der Titel wird jährlich vom Europäischen Rat auf Empfehlung der Europäischen Kommission verliehen, seit 2004 an je zwei europäische Städte pro Jahr. Einer Liste folgend sind die Mitgliedsstaaten nacheinander an der Reihe, eine oder mehrere ihrer Städte zu nominieren bzw. zu empfehlen.

Die Stadt Dresden will 2019 die Bewerbung einreichen, und für 2025 nominiert zu werden. Neben der Auszeichnung bekommen die Gewinner jeweils 1,5 Mio Euro aus dem Förderprogramm „Kreatives Europa“.

Die Bewerbungsbedingungen für den Titel machen im Ansatz deutlich, worum es bei der Bewerbung gehen soll – wo die Schwerpunkte und Chancen des Titels liegen.

Auf der einen Seite geht es natürlich um die städtischen und landeseigenen Kulturschätze, die sich hier im Elbtal wie in einem Schmuckkästchen über Jahrhunderte in Architektur, Sammlungen und Archiven angereichert haben. Diese sollen einem europäischen Publikum zugänglich gemacht werden. Das fördert den Tourismus und wird u.a. dazu führen, dass Stadt-Beschreibungen und Auskünfte konsequent mehrsprachig umgesetzt werden.

Gleichzeitig gehört auch die Innovationsfreude zur Tradition Dresdens, sowohl im künstlerischen Bereich als auch in der Technik und Wissenschaft. So soll die Bewerbung um den Titel auch diesen Aspekt berücksichtigen. Viel zu lange prägte das staubige Bild der gefälligen Barockstadt das Image Dresdens einseitig. Hier dürften die größten Baustellen und die größten Möglichkeiten für die lokale Wirtschaft, den Kulturbetrieb und den internationalen Ruf der Stadt liegen. Den Blick nach vorn werfen schließlich die Bewerbungsbedingungen, die nach-



Dresden als Fenster zur Welt

Foto: Ulrich Merkel / pixelio.de

haltige gesellschaftliche Neuerungen fordern. So sollen gezielt junge Menschen an die Kultur herangeführt werden, aber auch „Initiativen zur Förderung des Dialogs zwischen den europäischen Kulturen und den Kulturen in anderen Teilen der Welt“ durchgeführt werden.

Hier zeigt sich, dass der Titel „Europäische Kulturhauptstadt“ nicht einfach eine Auszeichnung ist, die das zukünftige Oberhaupt Dresdens im Jahre 2025 in die Vitrine legt.

Die Bewerbung um den Titel ist „weniger eine Auszeichnung als vielmehr ein Stipendium für die Stadt Dresden“, wie es die Kulturbürgermeisterin bei der Vorstellung des Bewerbungskonzepts treffend auf den Punkt brachte.

Die Bewerbung ist eine Selbstverpflichtung, mit deren Hilfe Dresden sich nicht nur vom jüngsten Ruf der „Verdrossenen im Tal der Ahnungslosen“ befreien will. Die Kultur des Miteinanders soll eine nachhaltige Erfrischung erfahren: zum Beispiel durch neue Teilnah-

formate, durch die stärkere Einbindung der aktiven und engagierten Bürgerschaft. Das kommt all jenen zugute, die sich tagtäglich an der Gestaltung unserer Gesellschaft beteiligen, sei es im kulturellen, im soziokulturellen, politischen oder wirtschaftlichen Bereich.

Weil diese Ansätze nicht erst im Ergebnis, sondern auch schon während der Bewerbung um den Titel „Europäische Kulturhauptstadt“ wirksam werden sollen, werden wir jetzt schon damit anfangen, um in zwei Jahren eine Bewerbung einzureichen, die für sich schon ein Erfolg ist. Ob Dresden dann den Titel tatsächlich verliehen bekommt oder nicht – das ist dann vielleicht nicht mehr ganz so wichtig.



Stadträtin Jacqueline Muth ist Mitglied im Kulturausschuss

j.muth@dielinke-dresden.de

Chancen für Kulturprojekte, Künstler_innen und die Kreativwirtschaft im Jahr 2016

Die Stadt Dresden reicht 2016 noch einige Fördermittel im Kreativbereich aus

Zuschüsse für Um- und Ausbau von Arbeitsateliers Bildender Künstler:

eine einmalige Zahlung für Bildende Künstler_innen für bauliche Verbesserungen in Ateliers, fristlos

Kunst im öffentlichen Raum: die Kunstkommission vergibt Fördermittel für Materialien und Honorare für initiative Kunstprojekte im öffentlichen Raum, fristlos, Beratung bei Frau Eichler im Kulturamt

Ausstellungen in öffentlichen Gebäuden der Stadt: prinzipiell können Künstler_innen in den öffentlichen Gebäuden der Stadt (z.B. den Rathäusern und der Städtischen Galerie) ausstellen und bekommen dabei Unterstützung für Material und Honorar. Beratung bei Herr Chidiac im Kulturamt, fristlos

Projektförderung Kultur: die Anmeldefrist ist der 1.9.16 für Projekte ab Oktober 2016 oder fürs erste Halbjahr 2017. Anmeldeformular auf dresden.de, der Kulturausschuss entscheidet über die Vergabe der Mittel, Arbeitsstipendien bis zu 3000€ sind hier ebenfalls möglich

Kreativraumförderung für Kreativwirtschaft: Grundlage ist hier ein temporärer Handlungsleitfaden, Unterstützung bis 5000€ für Ausbau von Ateliers und Büros der Kreativwirtschaft, Bewerbung beim Amt für Wirtschaftsförderung ist noch bis zum 12.8.16 möglich, Beratung ebenda

Die Richtlinien zu den einzelnen Fördermöglichkeiten sind auf dresden.de im Internet zu finden oder können im Amt für Kultur und Tourismus bzw. im Amt für Wirtschaftsförderung zu erfragen. Viel Erfolg!

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Uta Gensichen, Thomas Feske, Kerstin Wagner, Jens Matthis, Kerstin Wagner, Martin Schulte-Wissermann, Max Kretzschmar
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare